

# Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode

Drucksache 16/4368

23. 02. 2007

## Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 19. Februar 2007  
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

### 40. Abgeordnete Petra Pau (DIE LINKE.)

Auf welche Höhe beliefen sich die Kosten für Auslandseinsätze der Bundeswehr im Jahr 2006, und wie viele Soldaten wurden bei diesen Auslandseinsätzen verletzt und getötet (bitte nach Einsatzländern auflisten)?

### Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Schmidt vom 16. Februar 2007

Die abschließende Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2006 liegt noch nicht vor. Nach einer vorläufigen Schätzung belaufen sich die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die internationalen Einsätze der Bundeswehr im Haushaltsjahr 2006 auf rund 893 Mio. Euro. Auf der Grundlage der Haushaltsrechnung wird das Bundesministerium der Verteidigung im März 2007 an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über die einsatzbedingten Zusatzausgaben detailliert berichten.

In besonderen Auslandsverwendungen der Bundeswehr wurden im Jahr 2006 keine Bundeswehrangehörigen getötet, hingegen wurden insgesamt 2 256 verletzt. Bezogen auf die unterschiedlichen Auslandseinsätze teilt sich diese Zahl wie folgt auf:

– EUFOR (Bosnien-Herzegowina)	239 Soldaten
– KFOR (Kosovo)	1 017 Soldaten
– ISAF (Afghanistan)	768 Soldaten
– OEF (Horn von Afrika)	64 Soldaten
– UNIFIL (Libanon)	96 Soldaten
– EUFOR RD CONGO	68 Soldaten
– HumHiPAK (Pakistan)	4 Soldaten

Hierbei handelt es sich zumeist um Verletzungen, die während des Einsatzes unfallbedingt und von allgemeiner Art angefallen sind. Reine Sportverletzungen sind bei dieser Aufzählung nicht enthalten. Nur ein geringer Teil der Verletzungen hat eine einsatzspezifische Ursache.

#### **41. Abgeordnete Petra Pau (DIE LINKE.)**

Auf welcher gesetzlichen Grundlage fand der Einsatz von ca. 400 Bundeswehrsoldaten bei der von Privatpersonen veranstalteten Sicherheitskonferenz in München statt, und welche Voraussetzungen muss ein privater Veranstalter erfüllen, um in den Genuss derartiger personeller Unterstützung zu kommen?

#### **Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Kossendey vom 20. Februar 2007**

Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts gehört zu den nach der Verfassung zulässigen Befugnissen der Streitkräfte der Bundeswehr die auf die Wahrnehmung zulässiger Aufgaben bezogene Öffentlichkeitsarbeit. Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr können daher außer zur Wahrnehmung ihrer originären Aufgaben auch im Interesse der Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden.

Nach allgemeinem Sprachgebrauch und der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts geht es bei der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr um eine Kommunikation mit der Öffentlichkeit, die nach außen erkennbar auf die im Grundgesetz festgelegten und zugelassenen Aufgaben der Bundeswehr ausgerichtet ist. Schwerpunkte sind vor allem die Information über ihre verfassungsmäßigen Aufgaben und ihre Tätigkeit, die Beteiligung am öffentlichen Diskurs in einer pluralistischen Gesellschaft über bundeswehrrelevante Probleme und Themen sowie die Werbung um Zustimmung für die Art und Weise der Aufgabenerfüllung. Diese Öffentlichkeitsarbeit ist darauf gerichtet, in der Öffentlichkeit das Verständnis für die Aufgaben der Streitkräfte zu wecken und zu festigen.

Die Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik ist besonders geeignet, diesen Kommunikationsprozess zu fördern. Sie ist seit Jahrzehnten ein zentraler Ort des transatlantischen Meinungsaustauschs. Der bei den Konferenzen geführte offene Dialog über gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen stärkt eine Partnerschaft, die neben der Europäischen Integration die zweite feste Säule der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ist. Die Teilnahme zahlreicher hochrangiger ausländischer Vertreter fördert die internationale Zusammenarbeit auch bei globalen sicherheitspolitischen Themen. Mitglieder der Bundesregierung, darunter der Bundesminister der Verteidigung, sowie hochrangige militärische Vertreter der deutschen Streitkräfte nehmen regelmäßig an der Konferenz teil, um deutsche sicherheitspolitische Auffassungen international zu vertreten und für sie zu werben. Das Medienecho bewirkt eine breit angelegte Diskussion über sicherheitspolitische Themen und sensibilisiert in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für Aufgaben und Stellung der Bundeswehr im politischen Kontext. Dieses Bewusstsein wird infolge der aktiven, öffentlichkeitswirksamen Unterstützung der Konferenz durch die Bundeswehr ganz erheblich gestärkt. Indem Soldatinnen und Soldaten diese Aufgaben anlässlich der Sicherheitskonferenz wahrnehmen, wird der Zusammenhang zum friedenssichernden Auftrag der Streitkräfte besonders augenfällig.